Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag, 4. Dezember 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4703—08, 5980—83. Postscheck Berlin Nr 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark freibleibend.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichterscheinung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,30 Goldmark e 33 mm breite Millimeter-Zeile. Behördenanzeigen werden nach de ordentl Tarif berechnet.

4. 12. m Nr. 562 190 Milliarden
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Vor dem Reichstagsbeginn.

Das Ermächtigungsgesetz der neuen Regierung.

Bis zum 15. Februar gültig.

Der dem Reichsrat vom Reichsminister des Innern vorgelegte Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes hat folgenden Wortlaut:

§ 1. **Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Einklang mit der Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dies in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.**

§ 2. **Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.**

Der Reichsrat trat Dienstag vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung, an der auch der Reichskanzler teilnehmen wird, zusammen, um über den Entwurf des Ermächtigungsgesetzes zu beraten.

*

Der Arbeitsplan des Reichstags für die nächsten Tage steht im Augenblick noch nicht fest, da der Aeltestenrat erst heute mittag 12 Uhr zusammentreten wird. Es handelt sich dabei auch um die Frage, ob die Aussprache über die Regierungserklärung sofort oder erst morgen beginnen soll. Die Plenarsitzung beginnt um 3 Uhr. Vorher halten die Fraktionen noch Besprechungen ab, um sich über ihre Haltung gegenüber dem Ermächtigungsgesetz zu beraten. Diese Frage wird wahrscheinlich erst entschieden werden, wenn der Reichskanzler und die Minister für Inneres und Aeußeres in der Plenarsitzung Aufklärung haben.

Gestern nachmittag fand beim Reichskanzler Marx eine Vorbesprechung mit den Vorsitzenden der Regierungsparteien statt, um sich darüber zu einigen, daß die Bestimmung des Ermächtigungsgesetzes, wonach der Reichstag die Verordnungen der Regierung mit vierzehntägiger Frist wieder aufzuheben berechtigt ist, die Möglichkeit der Einsetzung eines Ausschusses in der Plenarsitzung abgelehnt haben.

In den parlamentarischen Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, herrscht man gestern von der Möglichkeit, daß die Bestimmung des Ermächtigungsgesetzes, wonach der Reichstag die Verordnungen der Regierung mit vierzehntägiger Frist wieder aufzuheben berechtigt ist, die Annahme des ganzen Gesetzes günstig beeinflussen könnte. Man wies darauf hin, daß das Ermächtigungsgesetz in diesem Punkt der Verfassung angeglichen sei, die dem Reichstag das Recht gibt, Verordnungen, die der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Verfassung erlassen hat, durch Mehrheitsbeschluß aufzuheben.

Kabinettssitzung.

Währungsfragen und Beamtenabbau.

Das Reichskabinett nahm Montag nachmittag den Bericht des Reichswährungskommissars Dr. Schacht über die bisher getroffenen und weiter von ihm auf dem Gebiet des Währungswesens beabsichtigten Maßregeln entgegen, die die Billigung der Reichsregierung fanden. Im Anschluß daran berichtete der Reichsfparkommissar Minister a. D. Semisch über die geplanten Sparmaßregeln. Der vom Reichsfinanzminister unterbreitete Plan für den Abbau und die Vereinfachung der behördlichen Organisation wurde gutgeheißen. Die Notwendigkeit einer tatkräftigen Durchführung des Beamtenabbaus wurde betont.

In der Sitzung wurde ferner auf Grund der Besprechung des Kanzlers mit den Parteiführern die parlamentarische Lage eingehend erörtert.

Englisches Urteil über das Kabinett Marx.

A. **London**, 3. 12. (Eigenbericht.) Die Bildung der neuen deutschen Regierung wird von der „Times" besprochen und zwar recht skeptisch. Der bereits siebente deutsche Reichstag habe kaum noch die Macht, die Initiative zu ergreifen, die mit der nötigen Autorität dem Volke zahlreichen deutschen Parteien seine Meinungen und Wünsche aufzwingen könnte. Es sei daher nicht wahrscheinlich, daß die Parteien einander mißtrauisch, sondern auch unter sich gespalten, und ihre Mitglieder schienen unfähig zu sein, ihre besonderen Parteiinteressen der allgemeinen Unzufriedenheit und Verzweiflung zum Opfer zu bringen. Die neue Regierung werde im günstigsten Falle eine negative Politik betreiben müssen. Sie scheine nur der Vorbote zu viel größeren Ereignissen zu sein. Eine Mindestheitsregierung mit sehr unsicherer Autorität könne kaum die Energien entwickeln, die jetzt so dringend notwendig seien. Die Ernennung eines solchen Kabinetts zeige, daß die Existenz des Reichstags selbst auf dem Spiel stehe.

Neubesetzung des Staatssekretariats der Reichskanzlei.

Der Staatssekretär der Reichskanzlei Kempkes, der bereits am 30. November sein Amt zur Verfügung gestellt hatte, ist mit dem gestrigen Tage von seinem Posten enthoben worden. Seine Umbildung des Kabinetts Stresemann unmöglich hatte.

Als sein Nachfolger wird der Ministerialdirektor im preußischen Wohlfahrtsministerium Bracht genannt, der politisch dem neuen Reichskanzler nahesteht.

Der stellvertretende Führer der Zentrumsfraktion.

Während der Kanzlerschaft Marx' leitet der Abgeordnete Becker-Arnsberg die Geschäfte der Zentrumspartei.

Londoner Marktkurs:
1 Pfund: 20 Billionen Mark.

Englische Verlegenheit.

Bradburys veränderte Haltung.

A. **London**, 3. 12. (Eigenbericht.)

Die offiziöse englische Presse befindet sich durch die Pariser Beschlüsse hinsichtlich der beiden Untersuchungs-Kommissionen in erheblicher Verlegenheit. Sir Lynn Bradbury hat bekanntlich vor seiner Londoner Reise die französischen Vorschläge als „Willen gegen Erdoben" bezeichnet, und die Londoner Kommentare stehen nun über die Tatsache hinweg, zusammen suchen, daß der englische Delegierte unmittelbar nach seiner Rückkehr aus London sich plötzlich ohne weiteres mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt hat. Die offiziösen Blätter versuchen diesen Umschwung mit allerlei unbestimmten Andeutungen zu erklären und suchen zum Teil die neue Wendung sogar in einem englischen Erfolg (?) umzudeuten, obgleich sie andererseits betonen, daß die neuen Kommissionen mit dem ursprünglichen englischen Plan keinerlei Aehnlichkeit hätten und man einer ganz verschiedenen grundsätzlichen Einstellung ausgingen.

Die „Times" geht allen Erklärungen über die englische Haltung dadurch aus dem Wege, daß sie sich auf den autonomen Charakter der Reparationskommission beruft, die in ihren Beschlüssen von den Regierungen unabhängig sei. Im übrigen sei der neue Versuch, die gemeinsame alliierte Politik fortzusetzen, so unsicher er auch sei, vom Standpunkt der englischen Interessen aus zu begrüßen. Im „Daily Telegraph" wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Reparationskommission sich bald mit dem Düsseldorfer Abkommen werde beschäftigen müssen, besonders angesichts des Protestes der deutschen Regierung.

Winterssession der Schweizerischen Bundesversammlung.

d. **Basel**, 3. 12. (Eigenbericht) Die Schweizerische Bundesversammlung ist am Montag zu ihrer Wintersession zusammengetreten. Eine der ersten Handlungen des Parlamentes wird die Neuwahl des Bundespräsidenten für 1924 sein.

Die Mehrarbeit im Ruhrbergbau.

Das Abkommen zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden.

Die Kündigung der Angestellten zurückgezogen.

rw. **Essen**, 3. 12. (Eigenbericht.) In dem nun im Wortlaut vorliegenden Abkommen zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden über die Verlängerung der Arbeitszeit wird im Hinblick auf die Notlage der deutschen Wirtschaft und der hiermit verbundenen ungeheuren Arbeitslosigkeit die schleunigste Erreichung der Friedensleistung im Kohlenbergbau als unbedingt notwendig bezeichnet. Bemerkenswert ist, daß für die Mehrarbeit nicht die im Manteltarif vorgesehenen Zuschläge für Ueberstunden gelten, es tritt vielmehr lediglich eine Erhöhung des einfachen Schichtlohnes ein entsprechend der Verlängerung der Arbeitszeit um ein Siebentel. Das Abkommen enthält gleichfalls Bestimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau, die jetzt zum größten Teil ruht. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit soll unter Zustimmung von Mitgliedern der Betriebsvertretungen der Familienstand, Schulpflichtigkeit usw. der Arbeiter berücksichtigt werden. Das Abkommen gilt vom 5. Dezember bis 1. Mai nächsten Jahres.

An eine allgemeine Aufnahme der Arbeit ist aber noch nicht zu denken, weil die Transportfrage noch nicht geregelt ist. Die Wirksamkeit des Abkommens ist an die Zustimmung der Revierkonferenzen der verschiedenen Arbeiterverbände gebunden, an deren Erteilung aber wohl kein ernster Zweifel besteht, nachdem auf einer Reihe von Zechen die Vorkriegsarbeitszeit seit mehreren Wochen wieder in Geltung ist und auch auf verschiedenen Eisenwerken gegen die Verlängerung der Arbeitszeit keine ernste Gegnerschaft unter den Arbeitern mehr besteht.

So beschlossen die Arbeiter des Bochumer Vereins, angesichts der wirtschaftlichen Notlage die geforderte Mehrarbeit zu leisten.

Nachdem der Zechenverband zu einer am 19. v. M. in Hamm stattgefundenen Konferenz, zu der preußischen Handelsministerium einberufen war, nicht erschienen war, fand am 29. November erneute Verhandlung statt. Die Vertreter der Behörden erklärten, daß die Betriebsstillegungen und Kündigungen im Ruhrbergbau den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprächen, die Kündigungen seien deshalb als nicht erfolgt anzusehen. Der Zechenverband hat daher inzwischen die Kündigung der Angestellten zurückgezogen.

Ermäßigung der Kohlen-Goldmarkpreise in Sicht.

rw. **Essen**, 3. 12. (Eigenbericht.) **Wie wir von sachmännischer Seite erfahren, ist ziemlich bestimmt mit einer Herabsetzung der Kohlen-Goldmarkpreise zu rechnen, nachdem die Arbeitszeitfrage im Bergbaugebiet geregelt sein wird. Eine Herabsetzung dieser Preise ist auch schon deshalb erforderlich, um die deutsche Kohlenindustrie konkurrenzfähig zu machen.**

Nachdem für den Ruhrbergbau eine Vereinbarung bezüglich der Mehrarbeit zustande gekommen ist, werden am Mittwoch die Verhandlungen über die Arbeitsleistung für die übrigen Reviere in Berlin beginnen.

Die Arbeiten der Reparationskommission.

Besprechungen in Paris und Brüssel.

S. **Paris**, 3. 12. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Poincaré hatte heute längere Besprechungen mit dem englischen Botschafter, ferner mit dem Oberkommissar Tirard, mit Barthou und mehreren anderen hervorragenden französischen Politikern. Heute vormittag ist außerdem unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik der Oberste Rat der nationalen Verteidigung zusammengetreten.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, hatte Ministerpräsident Theunis eine Unterredung mit den belgischen Vertretern in der Reparationskommission de la Croix und Bemelmans über die Arbeiten der Reparationskommission.

Der Ausdrängte Ausschuß des französischen Senats hat heute erneut zusammen zur Weiterberatung der letzten Rede Poincarés über die auswärtige Lage. Senator Chouquet nelle de Constant hielt seine Interpellation über die Gründe der „Isolierung Frankreichs aufrecht und wünschte die Aussprache darüber noch vor dem Jahresschluß.

Infolge des heftigen Unwetters waren fast den ganzen Tag über sämtliche Drahtverbindungen mit England, Belgien und Holland unterbrochen.

Die heutige Sitzung.

S. **Paris**, 3. 12. (Eigenbericht.) Die Reparationskommission wird auch in ihrer morgigen Sitzung mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehenden englischen Wahlen keine entscheidenden Beschlüsse fassen. Sie will vielmehr zunächst die Ernennung der Sachverständigen für die beiden Kommissionen abwarten. Hierfür ist die Haltung Amerikas, über die Amerikanisches in Paris bis jetzt noch nicht bekannt ist, von entscheidender Bedeutung und die sehr heikle Frage der Verteilung der Kohlenlieferungen nach dem Düsseldorfer Abkommen wird also voraussichtlich noch unentschieden bleiben. Ein schaffter Meinungsaustausch zwischen Paris und London, d. h. die Verhandlungen von Regierung zu Regierung, wird fortgesetzt.

Entscheidender Kabinettsrat.

Paris, 3. 12. Wie an maßgebender Stelle verlautet, ist für morgen eine außerordentliche Sitzung des französischen Ministerrats unter Vorsitz Millerands im Elysée einberufen. Die Beratungen des Ministerrats werden sich um so wichtiger gestalten, weil, wie gemeldet, der Präsident der Republik, Millerand, hat wissen lassen, daß er unter Umständen mit seiner Demission zurücktreten würde, falls die Kammer zu dem System der Arrondissementswahlen zurückkehren würde.

Der Selbstmord des jungen Daudet.

S. **Paris**, 3. 12. (Eigenbericht.) Der bereits gemeldete Selbstmord des jungen Daudet steht nach wie vor im Mittelpunkt alles Interesses, da er von den französischen Blättern in die politischen Zwecken ausgeschlachtet werden soll. Sie behaupten wenigstens, der fünfzehnjährige Junge, der nach ärztlichem Zeugnis unbedingt krank war, sei von anarchistischen Kreisen zum Selbstmord getrieben worden, und zwar um den Vater zu kompromittieren. Der Vater, der bekannte Führer der royalistischen Partei, Léon Daudet, hat heute nachmittag Anzeige wegen Mordes gegen Unbekannt erstattet.

Zusammentritt des amerikanischen Kongresses.

Washington, 3. 12.

Der Wiederzusammentritt des amerikanischen Kongresses fand heute statt. Auf Grund der Wartrollen war es heute noch nicht möglich, die Büros der beiden Kammern zu bilden.

New York, 3. 12. (Eigenbericht.) In der Eröffnungssitzung des Kongresses am Montag traten mehrere Abgeordnete für eine Reform des am 30. Juni 1924 ablaufenden Einwanderungsgesetzes ein. Auch die Einwanderungskonferenz, die vor Weihnachten in New York tagen soll, wird eine bessere Behandlung der Einwanderer verlangen.

Faseistenparade in Spanien.

Barcelona, 3. 12. (D. D.) Der spanische König hat am Sonnabend die freiwillige Polizei, die sogenannten Somatenen, die sich auf ungefähr 30 000 Mann beläuft, im Beisein der Königin und des Generals Primo de Rivera besichtigt. Dieser Parade mißt man, da sie unmittelbar nach der Rückkehr des spanischen Königspaares aus Italien stattfand, ganz besondere Bedeutung bei. Die Somaten trugen blaue Hemden und sind nach dem Vorbilde der italienischen Faszisten ausgebildet. Der König, die Königin sowie General Primo de Rivera wohnten hierauf einer Andacht in der Kathedrale bei. General Primo de Rivera wurde überall mit ungeheurer Begeisterung begrüßt. Bekanntlich hat er von Barcelona aus die Bewegung, die zum Sturze der Politiker führte, ins Werk gesetzt.

Beim allen Gegensatz zwischen Katalanen und Kastilianern ist der freundliche Empfang, den der König und der Diktator, General Primo de Rivera, in Barcelona gefunden haben, um so beachtenswerter, Barcelona, als größtes Zentrum der spanischen Industrie, ist immer der Sammelpunkt anarchischer und syndikalistischer Elemente gewesen, gegen deren Terror sich auch ursprünglich die freiwillige Polizei der Somaten gebildet hat.

Die Neuordnung des Fernen Ostens.

Moskau, 2. 12. (C. E.) Seit dem 30. November sind in laut Beschluß des Revolutionskomitees des Fernen Ostens alle Gesetze der ehemaligen Republik des Fernen Ostens aufgehoben und durch die Dekrete und Gesetze der Sowjetregierung der Sowjetrepublik bezw. des Sowjetbundes ersetzt worden. Nur einige, infolge der besonderen Verhältnisse im Fernen Osten notwendige Einrichtungen der ehemaligen Republik bleiben in Kraft.

Sonderbündlerfahnen niedergeholt.

In Bonn und Umgegend.

Bonn, 3. 12. (W. T. B.)

Auf Veranlassung der Besatzung wurde heute die Fahne der Sonderbündler vom Rathause heruntergeholt. Die Sonderbündler führen ihre „Geschäfte" in der Privatwohnung eines ihrer Ausschußmitglieder weiter. Auch in Beuel, Königswinter, Godesberg usw. wurden die Sonderbündler aus den Rathäusern entfernt und ihre Fahnen eingezogen.

Auch Duisburg pestfrei.

Duisburg, 3. 12. (T. U.) Die letzten Separatisten, unter ihnen Dr. Guthardt, haben nunmehr das Rathaus verlassen. Die sogale Südverwaltung wird ihre Diensträume morgen wieder beziehen.

Meuterei und Brandstiftung.

Speyer, 3. 12. (Mtb.) Zu einer Meuterei „separatistischer Truppen" kam es am 30. November anläßlich eines Lohnungsappells im Regierungsgebäude. Als 80 000 französische Franken, die vom auswärts gesandt wurden, an die Separatisten in Kompagnien zur Auszahlung kommen sollten, fehlten 50 000 Franken. Es waren nur 30 000 Franken vorhanden, so daß die Löhnung nicht vollständig ausgezahlt werden konnte. Die darüber aufs höchste empörten Separatisten verprügelten daraufhin den Zahlmeister und drangen in das im zweiten Stock liegende Zimmer des sogenannten Exekutivkomitees ein, wobei sie den anwesenden Führern vorwarfen, das abhanden gekommene Geld für sich auf die Seite geschafft zu haben. Es gelang den anwesenden Heinz Orbis mit zwei anderen Separatistenführern, die meuternden Truppen erst dann zu beruhigen, als sie ihre Kassen leerten und die fehlende Summe zur Verfügung stellten.

Kirchheimbolanden, 3. 12. (Mtb.) Das Amwesen des pfälzischen Separatistenführers Heinz Orbis wurde in der Nacht vom Sonntag auf Sonntag von Feuer heimgesucht. Eine Scheune mit sämtlichen Vorräten ist vernichtet worden. Es wird Brandstiftung entlassener Separatisten vermutet. Da entlassene Separatisten gedroht haben, sich an dem Eigentum des Führers zu rächen, wurde das Anwesen schon seit einiger Zeit von Marokkanern des Heinz Orbis bewacht. Der Vorfall, der jedoch bei der Ausbruch des Brandes nicht verhindern konnten.

Mit Gebäude der pfälzischen Kreisregierung in Speyer besindet sich seit der Besetzung durch die Separatisten in einem vollständig verwahrlosten Zustand, da die Separatisten in dem Gebäude wie die Barbaren hausten. Alles, was nicht niet- und nagelfest ist, wie z. B. Schreibmaschinen usw., ist von den Separatisten gestohlen und verschleppt worden. Aus den Lebensstellen wurde das Gebäude heraus beschädigt. Die Vorhänge, Gardinen usw. wurden ebenfalls gestohlen.

90 000 Billionen „beschlagnahmt".

W. T. B. meldet:

Am 29. v. Mts. sind die Franzosen abermals in die Druckerei von E. Marks in Mülheim a. R. eingedrungen und haben drei Millionen Mark Reichsbanknoten fortgenommen.

Tagung des Völkerbundsrats.

d. **Genf**, 3. 12. (Eigenbericht.) Der am 10. Dezember in Paris zusammentretende Völkerbundsrat wird neben dem Plan der Wiederaufrichtung Ungarns auch noch die Konvention über das Memelgebiet sowie verschiedene Saarfragen besprechen, u. a. soll auch die berühmte Streitverordnung zur Sprache kommen. Die Sitzung des Völkerbundsrates wird nur von kurzer Dauer sein.

*

Saarbrücken, 3. 12. (Mtb.) Die sozialdemokratische Partei des Saargebiets ist aus der von allen Parteien gebildeten Arbeitsgemeinschaft ausgeschieden. In einer entsprechenden Erklärung teilt sie mit, daß in der letzten Zeit die Zusammenarbeit der Parteien derart gewesen sei, daß sie den Interessen der Arbeiterschaft nicht dienlich sei. Nähere Gründe für das Ausscheiden der Partei wurden nicht angegeben.

Gegen die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol.

Ltg. Wien, 3. 12. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung aus Meran hat sich Fürstbischof Johannes von Brixen nach Rom begeben, um gegen die Einführung des italienischen Religionsunterrichts in den Südtiroler Schulen vorstellig zu werden. Auch eine Abordnung der Südtiroler Frauen hat sich in der gleichen Angelegenheit nach Rom begeben.

Kürzlich ist auch die Präfektur Meranos dazu übergegangen, den deutschen Religionsunterricht an den Schulen zu verbieten. Damit ist die Unterdrückung deutscher Kultur auf das ganze geschlossene Gebiet Südtirols ausgedehnt worden.

Der „Columbus" in Bremerhaven.

Bremen, 3. 12. (W. T. B.) Der auf der Schichauwerft in Danzig für den Norddeutscher Lloyd gebaute 32 000 Bruttoregistertonnen große Doppelschraubendampfer „Columbus" ist auf seinen Probefahrten so gute Ergebnisse gezeitigt, daß er bereits am Freitag in Bremerhaven eintreffen wird. Das Schiff geht nunmehr in allen Teilen bedingter völliger Fertigstellung entgegen und wird zu Beginn des Frühjahrs in Dienst gestellt werden.

Die chinesische Wirtschaftsmission.

W. T. B. meldet:

Die chinesische Mission zum Studium von Wirtschaftsfragen unter Führung von Herrn Chang Chien ist, wie amtlich mitgeteilt wird, von der chinesischen Regierung Montag früh in Berlin eingetroffen. Die Mission, die bereits in Frankreich, Belgien und Holland gereist ist, beabsichtigt, sich etwa eine Woche in Deutschland aufzuhalten und dann Oesterreich, Italien, die Schweiz, England, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan zu besuchen.

Der „Verband für den fernen Osten" beraufhaltet für die Herren der Mission am Dienstag nachmittag einen Empfang, über den wir berichten werden.

Die Hochwasserkatastrophe in Italien

Nähere Einzelheiten.

d. **Mailand**, 3. 12. (Eigenbericht.)

Die näheren Einzelheiten, die heute über das Hochwasserunglück in den Bergamasker Alpen in Oberitalien bekannt werden, lassen erkennen, wie furchtbar die Naturkatastrophe gewütet haben. **Drei Dörfer sind in den Fluten verschwunden, sind Kraftwerke zerstört und 600 Menschenleben vernichtet worden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hundert Millionen Lire.** Die Katastrophe ist auf starken Niederschläge und das Schmelzen des Schnees auf den Bergen während der letzten Tage zurückzuführen, die ein schnelles Anwachsen des Standerbens von Gleno im Val Camonica herbeiführten. Das Staubecken war 37 Meter hoch, der Stausee etwa 4 Kilometer lang und durchschnittlich 2 Kilometer breit. Er preßte die ebenfalls zerstörten fünf Kraftwerke, die die Fabriken der benachbarten Täler mit Kraft versorgten. Das Staubecken war erst im letzten Sommer in Betrieb genommen worden. Seine Herstellung kostete 30 Millionen Lire. Die aufgeschwemmten Wassermengen betrugen 8 Millionen Kubikmeter.

Der Dammbruch.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend entstand zwischen der Bergstube und der Staumauer der erste Riß, der anfangs nicht ernst genommen wurde. Vier Stunden später, am Sonnabend in den ersten Morgenstunden, erfolgte der Dammbruch, und die acht Millionen Kubikmeter Wasser ergossen sich in einem furchtbaren Strudel, alles mit sich fortreißend, in das Tal. Die Bevölkerung wurde stellenweise in ihren Häusern von den Wassermassen ertränkt. Zahlreiche Leichen von Ungekommenen, oft auch nur Teile von ihnen, sind über das ganze Tal verstreut. In den Ueberschwemmungsgebieten sind das Wasser bis zu sechs Meter hoch. Von den Fluten vernichtet sind die Dörfer Dezzo, Gandino und Corno. Die Zerstörung aller Verkehrswege und der anliegenden Aecker erschweren das Hilfswerk sehr. Truppen und Spezialtruppen sind bereits am Ort und Stelle eingetroffen. Diese haben Pontonbrücken und Fahrleute aus Mailand mitgebracht. Alles, was nicht niet- und nagelfest ist, wie z. B. Schreibmaschinen usw., ist von den Separatisten gestohlen und verschleppt worden. Aus den Lebensstellen wurde das Gebäude heraus beschädigt. Die Vorhänge, Gardinen usw. wurden ebenfalls gestohlen.

90 000 Billionen „beschlagnahmt".

W. T. B. meldet:

Am 29. v. Mts. sind die Franzosen abermals in die Druckerei von E. Marks in Mülheim a. R. eingedrungen und haben drei Millionen Mark Reichsbanknoten fortgenommen.

Tagung des Völkerbundsrats.

d. **Genf**, 3. 12. (Eigenbericht.) Der am 10. Dezember in Paris zusammentretende Völkerbundsrat wird neben dem Plan der Wiederaufrichtung Ungarns auch noch die Konvention über das Memelgebiet sowie verschiedene Saarfragen besprechen, u. a. soll auch die berühmte Streitverordnung zur Sprache kommen. Die Sitzung des Völkerbundsrates wird nur von kurzer Dauer sein.

*

Saarbrücken, 3. 12. (Mtb.) Die sozialdemokratische Partei des Saargebiets ist aus der von allen Parteien gebildeten Arbeitsgemeinschaft ausgeschieden. In einer entsprechenden Erklärung teilt sie mit, daß in der letzten Zeit die Zusammenarbeit der Parteien derart gewesen sei, daß sie den Interessen der Arbeiterschaft nicht dienlich sei. Nähere Gründe für das Ausscheiden der Partei wurden nicht angegeben.

Gegen die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol.

Ltg. Wien, 3. 12. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung aus Meran hat sich Fürstbischof Johannes von Brixen nach Rom begeben, um gegen die Einführung des italienischen Religionsunterrichts in den Südtiroler Schulen vorstellig zu werden. Auch eine Abordnung der Südtiroler Frauen hat sich in der gleichen Angelegenheit nach Rom begeben.

Kürzlich ist auch die Präfektur Meranos dazu übergegangen, den deutschen Religionsunterricht an den Schulen zu verbieten. Damit ist die Unterdrückung deutscher Kultur auf das ganze geschlossene Gebiet Südtirols ausgedehnt worden.

Der „Columbus" in Bremerhaven.

Bremen, 3. 12. (W. T. B.) Der auf der Schichauwerft in Danzig für den Norddeutscher Lloyd gebaute 32 000 Bruttoregistertonnen große Doppelschraubendampfer „Columbus" ist auf seinen Probefahrten so gute Ergebnisse gezeitigt, daß er bereits am Freitag in Bremerhaven eintreffen wird. Das Schiff geht nunmehr in allen Teilen bedingter völliger Fertigstellung entgegen und wird zu Beginn des Frühjahrs in Dienst gestellt werden.

Die chinesische Wirtschaftsmission.

W. T. B. meldet:

Die chinesische Mission zum Studium von Wirtschaftsfragen unter Führung von Herrn Chang Chien ist, wie amtlich mitgeteilt wird, von der chinesischen Regierung Montag früh in Berlin eingetroffen. Die Mission, die bereits in Frankreich, Belgien und Holland gereist ist, beabsichtigt, sich etwa eine Woche in Deutschland aufzuhalten und dann Oesterreich, Italien, die Schweiz, England, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan zu besuchen.

Der „Verband für den fernen Osten" veranstaltet für die Herren der Mission am Dienstag nachmittag einen Empfang, über den wir berichten werden.

Der Finanzausgleich

Von

Oberbürgermeister Mitzlaff.

Die politischen Köpfe sind sich darüber nicht ganz einig, welches die richtige Reihenfolge ist, die in der großen Probleme, welche die Zeit uns stellt, Hebung der Produktion, Ankurbelung der Arbeitslosen, Währungsreform, Sanierung der öffentlichen Haushalte, Ruhrfrage, Reparationsfrage usw., in Angriff genommen werden müssen, um aus dem jetzigen Wirrsal herauszukommen. Aber die Spitzenfrage ist auch hier nicht die Hauptsache. Wichtiger ist, daß man überhaupt vom Studieren zum Probieren kommt und wenigstens einen Teil der Probleme energisch anpackt und wirklich zu entwirren und zu lösen versucht.

Daher ist es zu begrüßen, daß die Reichsregierung die Sanierung des öffentlichen Haushalts durch Minderung des Aufgaben auf der einen und durch Mehrung der Einnahmen auf der anderen Seite mit aller Kraft zu erreichen trachtet.

Die Verordnung verbindet aber damit noch etwas anderes. Sie denkt gleichzeitig auch das Problem des Finanzausgleichs, d. h. der finanziellen Auseinanderlegung zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden nebenbei mit zu lösen.

Der Finanzausgleich ist ein sehr schwieriges Kapitel, das planmäßig entwirrt werden muß und nicht nach dem Vorbild des gordischen Knotens durchhauen werden kann. Wenn man aber betrachtet, auf welchem Wege die Notverordnung die Daudarbeit des Zieles zu lösen sucht, so kann man eigentlich nur die Frage aufwerfen, ob das Reichsfinanzministerium wirklich selbst ernstlich an die Möglichkeit dieser Lösung glaubt.

Das Reich, die Länder und die Gemeinden standen früher finanziell nebeneinander. Jeder Teil hatte im großen und ganzen seine eigenen Einnahmen und deckte daraus seinen Ausgabenbedarf. Infolge der Reichssteuerreform in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reichseinkommens hat sich dieses Bild von Grund aus verändert. Länder und Gemeinden haben ihre finanzielle Selbständigkeit ganz eingebüßt. Sie sind beide nur noch Kostgänger des Reichs und leben von dessen Mitteln, seinen Steuern und seiner Notenpresse. Verwaltungsmäßig drückt sich die Verkoppelung ihrer Finanzen mit denen des Reichs vor allem in zwei Dingen aus: in einer Beteiligung an den großen Reichssteuern, Einkommen- und Umsatzsteuer, und in den Zuschüssen, welche das Reich ihnen zu ihren Besoldungsausgaben gibt. Die Zitzern sind diese: die Länder und Gemeinden sind an der Einkommensteuer mit zusammen 75 % beteiligt, an der Umsatzsteuer die Länder mit 10 %, die Gemeinden mit 15 %, und bei den Besoldungsausgaben zahlt das Reich an die Länder und Gemeinden voll 6 75 % des Bedarfs aus Reichsmitteln. Damit sind die Länder und Gemeinden finanziell fast zu bloßen Bestandteilen der Reichsverwaltung herabgedrückt.

Daß dieser Zustand auf die Dauer gänzlich unmöglich ist, sowohl für das Reich wie für die Länder und Gemeinden, kann auf keiner Seite zweifelhaft sein. Notwendig ist eine reinliche Scheidung der Steuerquellen zwischen den drei Gewalten, Wiederherstellung der eigenen Steuerhoheit der Länder und Gemeinden, ebenso müssen die Besoldungszuschüsse, welche dem Reich die Kosten fast der ganzen Personalverwaltung der Länder und Gemeinden und damit die Verantwortung für deren Verwaltungsführung überhaupt auferlegen, verschwinden. Der hierin liegende übertriebene Zentralismus muß auch hier wie auf andern Gebieten durch einen gesunden Föderalismus abgelöst werden.

Das Problem steckt dabei, wenigstens nach den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen in Reichssteuern und Besoldungszuschüssen, welche in den Landes- und Gemeindehaushalten zahlenmäßig die Einnahmen aus den Steuerquellen um ein Vielfaches übertreffen, und dieß große Bedeutung der Besoldungszuschüsse wird noch mehr beleuchtet, wenn man hört, daß zurzeit die gesamten Reichseinnahmen nicht einmal ausreichen, um daraus auch nur die den Ländern und Gemeinden zuzuweisenden Besoldungszuschüsse zu bestreiten. Die Kernfrage ist also für die Gesundung der öffentlichen Finanzwirtschaft: **Wie können die Besoldungszuschüsse abgebaut werden?**

Die Verordnung denkt sich die Sache ganz einfach wie folgt: An den Anteilverhältnissen der Länder und Gemeinden, an der Einkommensteuer wird überhaupt nichts geändert, insbesondere an den Anteilsquoten der Länder und Gemeinden an der (auf 2½ % erhöhten) Umsatzsteuer. Gleichzeitig wird über die Besoldungszuschüsse bestimmt, daß für den 1. Januar 1924 von 75 auf 50 %, am 1. April 1924 weiter auf 25 % herabgesetzt werden und am 1. Oktober 1924 ganz fortfallen. Um hierzu wird darauf hingewiesen, daß durch besondere gesetzliche Regelung eine erhebliche Mietsteuer eingeführt werden und daran neben dem Reich auch den Länder und Gemeinden beteiligt werden sollen.

In der Tat eine ganz einfache Sache, die Besoldungszuschüsse werden fort gestrichen, der Reich ausgerichtet, und damit ist die finanzielle Ordnung wieder hergestellt! Man muß sich wirklich an den Kopf fassen und sich fragen, wie es möglich ist, daß das Reichsfinanzministerium so dem Plan ernstlich aufstellen kann. Nur beschränkteter Ressortgeist kann lediglich an den Reichsetat denken. Dem Standpunkt ausschließlich des Reichsetats ist die Sache so nicht so ohne, denn auch Reich behält seine bisherigen Einnahmen, erhöht sie sogar (Umsatzsteuer), bekommt dazu einen neuen Anteil an der zukünftigen Mietsteuer und wird seinen schlimmsten Ausgabeposten, nämlich die Besoldungszuschüsse an Länder und Gemeinden, los. Damit kann eine Sanierung des freien Reichsetats in der Tat vielleicht erreicht werden. Aber was in aller Welt sollen denn Länder und Gemeinden tun? Bei ihnen hat das Rezept doch die umgekehrte Wirkung:

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	3. 12.	1. 12.	3. 12.	1. 12.
Tägl. Geld	5%	nom.	Brüssel	4.65
Berlin 25 Ct. per Billion	14 Ct. per Billion		Amsterd.	37,86 37,90
Berlin 25	"	15 "	Zürich	17,46
mdn. etw. 25	"	"	Prag	2,91 2,91
mdn. etw. 30	"	"	Wien	4,33
London			Ital.	13,07
Kabel	4,34,12	4,34,37	Madrid	
Lond. Sicht	4,31,12	4,31,37	Schweiz	
Paris	5,38	5,41	Kopenh.	6,42 6,44

New York, Produktenmarkt.

	3. 12.	1. 12.		3. 12.	1. 12.
Kaffee Jan.	18,05	18,05	Chicago	22,00	22,00
" Dezbr.	10,15	10,05	Milwaukee	5,50	5,50
" März	9,33	9,14	Schmalz	13,25	13,25
" Mai	8,78	8,50	Speck	84	84
" Juli	8,57	8,39	Nw. Stadtl.	10,76	11,05
" Sept.	8,31

Sie werden ebenso wie das Reich hinsichtlich auf einen gewissen Anteil an den zukünftigen Mietsteuern. Im übrigen aber werden ihre Anteile an den großen Reichssteuern (Einkommen- und Umsatzsteuer) nicht erhöht, dafür aber wird gleichzeitig ihre allerwichtigste und eigentlich ihren Etat tragende **Hauptein nahme**, nämlich die Besoldungszuschüsse, in radikalem Tempo gestrichen. Wie sollen denn Länder und Gemeinden ihre Besoldungsausgaben in Zukunft decken, wenn ihnen keine Ersatzeinnahme zugewiesen wird. Wie soll es vor allem möglich sein, schon zum 1. Januar oder zum 1. April auf die Besoldungszuschüsse zu verzichten? Oder glaube das Finanzministerium etwa, sich auf den Standpunkt stellen zu dürfen, daß es nur für sich zu sorgen habe und Länder und Gemeinden einfach ihrem Schicksal überlassen könne?

Daß das geplante Verfahren durch den Hinweis auf die Beteiligung der Länder und Gemeinden an der zukünftigen Mietsteuer nicht tragbar gemacht wird, ist doch offensichtlich. Es soll hier im einzelnen nicht erörtert werden, inwieweit die Einführung einer starken Mietsteuer überhaupt angängig ist. Der Verfasser besaht an sich grundsätzlich den Plan der Mietsteuer; er verschiedend in diesem Zusammenhang ist, daß eine solche Steuer zunächst noch gar nicht da ist und nicht von heute auf morgen zu schaffen ist, jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß die Gemeinden zum 1. Januar oder zum 1. April 1924 daraus bereits so namenswerte Einnahmen ziehen könnten, daß sie zu diesem Termin auf die Besoldungszuschüsse verzichten können. Ehe die Steuer nicht wahrscheinlich beschlossen ist und ehe nicht ihre wirklichen Erträge da sind, kann auf sie ein Abbau nicht gegründet werden.

Der geplante Abbau ist auch nicht etwa damit zu rechtfertigen, daß ja die Einnahmen aller Reichssteuern auf Gold nicht bloß beim Reich, sondern auch den Ländern und Gemeinden erhöhte Einnahmen bringe. Die Steuereinnahmen aus Einkommen- und Umsatzsteuer reichen nicht entfernt an die Ziffern heran, für die beim Wegfall der Besoldungszuschüsse Ersatz zu schaffen ist. Denn daß bei Goldsteuern nicht mit Steuersätzen von 60 Prozent des Einkommens gerechnet werden kann, und daß ferner auch die Verarmung der Steuerpflicht sich in einer Minderung der Steuererträgnisse auswirken muß, liegt auf der Hand.

Es ist dabei ganz lehrreich zu sehen, wie man sich in Oesterreich, wo das gleiche Problem der Sanierung der öffentlichen Finanzen des Bundes, der Länder und der Gemeinden zu lösen war, verhalten hat. Hier ist man folgendermaßen vorgegangen: Den Ausgangspunkt der Sanierungsaktion bildete die Stabilisierung der Währung, die im Herbst 1922 mit Hilfe einer Auslandsanleihe glücklich zustande gebracht wurde. Auf dieser Grundlage ging man dann ans Finanzsprobieren heran, und zwar ging man so vor: es erfolgte zunächst ein grundlegender Verwaltungsabbau, gleichzeitig wurden die Steuergrundlagen zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden in systematischer Weise neu abgegrenzt. Ueber den Abbau der vom Bund gewährten Besoldungszuschüsse aber wurde bestimmt, daß die Besoldungszuschüsse im Jahre 1923 auf zwei Drittel, im Jahre 1924 weiter auf ein Drittel herabgesetzt und 1925 ganz fortfallen sollen.

Dies ist eine systematisch richtig angefaßte und mit angemessenen Fristen arbeitende Lösung. Die bei uns geplante Regelung des Besoldungsabbaues ist dagegen eine Unmöglichkeit, ein Erzeugnis einseitigster Berücksichtigung der Ressortinteressen der Reichsfinanzverwaltung, eine vollständige Verschleuderung der Tatsache, daß Länder und Gemeinden zurzeit noch unbedingt auf die finanzielle Hilfe durch das Reich angewiesen sind.

Im übrigen ist aber die fundamentale Haupt fehler dieser Stückreform lediglich vom egoistischen Standpunkt der Reichskasse, sondern Gesamtreform für Reich, Länder und Gemeinden, d. h. eine systematische Aufteilung der Steuerquellen zwischen den drei Beteiligten und Wiederherstellung der materiellen und formellen finanziellen Selbständigkeit der Länder und Gemeinden.

Man kann nach alledem nur wünschen, daß die Bestimmungen der Notverordnung, die unter der nicht berechtigten Ueberschrift „Finanzausgleich“ laufen, zunächst aus der Verordnung herausgestrichen werden. Im übrigen wolle der Herr Reichsfinanzminister, der ja gerade als früherer Finanzausgleichen besser als andere das Problem auch von der anderen Seite her kennt, bald einen wirklichen Finanzausgleich schaffen.

Reich und Länder.

Eine badische Denkschrift.

Der badische Landtag hatte seit Bestehen der Weimarer Reichsverfassung wiederholt Gegenheit nehmen müssen, gegen die Uebergehung des Einheitsgedankens im Reich und für die Erhaltung der Hoheitsrechte der deutschen Länder sich zu wehren. Er hat zu diesem Zwecke den Abg. Dr. Baumgarten, einen jetzigen Präsidenten des badischen Landtags, beauftragt, in einer Denkschrift eine Darstellung zu geben über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Reiche, den Ländern und Gemeinden und Vorschläge für einen im Interesse aller Teile gelegenen Ausgleich zu machen. Dieser Auftrag ist nun ausgeführt worden. (Die Denkschrift ist im Verlage der Badenia Karlsruhe erschienen.)

Wenn der Verfasser eine Erweiterung der Zuständigkeit des Reichsrats zugunsten der Länder fordert, so hat er sicherlich die Zustimmung weitester Kreise namentlich in Süddeutschland, ebenso wie seine Vorschläge auf Aenderung des Artikels 48 der Reichsverfassung, die Aufhebung des Artikels über den Ausnahmezustand, der gegenwärtig überall da Widerspruch findet, wo seine Anwendung versucht und wo die Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die militärischen Stellen als überflüssig empfunden wird. Sehr eingehend ist die Darstellung der Finanzhoheit. Seine Anträge auf Rückgabe der Finanzhoheit an die Länder und ans Steueraufkommen deckt sich mit den Forderungen, die im Rahmen des für die Erstellung des Reiches Notwendigen, werden wohl allseits gebilligt werden. Aber auch Eisenbahn- und Postho heit werden behandelt und Vorschläge für einen gerechten Ausgleich gemacht. Am Schlusse sind dann die Anträge selbst zusammengestellt, um das Ziel zu erreichen, das die Schrift sich gesteckt hat: nämlich mitzuarbeiten am Ausbau der Reichsverfassung im Sinne des bundesstaatlichen Gedankens auf der Grundlage der für Reich und Länder gemeinsamen Interessen.

Vor kurzem hat die Bayerische Volkspartei im Reichstag Anträge auf Aenderung der Reichsverfassung eingebracht, die sich weitgehend mit den Anträgen in der Denkschrift Dr. Baumgartners. Die letztere will den Mittelweg finden, der die berechtigten Interessen der Länder und Gemeinden, aber auch die Lebensnotwendigkeiten des Reiches in gleichem Maße berücksichtigt.

Bayerische Ministerkrise.

Ausschiffung von Schweyer und Wurzhofer?

München, 3. 12. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: Es ist unrichtig, wenn in der ausländischen Presse von einer Regierungskrise in Bayern gesprochen wird. Dagegen besteht die Möglichkeit, daß eine Ministerkrise hinsichtlich einer einheitlichen Gestaltung der Ministerien des Innern und der Landwirtschaft.

Der bayerische Ministerrat hat heute zweimal eine zweistündige Sitzung abgehalten. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Kein Ende des Generalstaatskommissars.

München, 1. Dezember. (T. U.) Gegenüber irrtümlichen Berichten, wonach der Generalstaatskommissar Dr. v. Kahling entschlossen sei, das Ende des Generalstaatskommissariats bestimmt zum 1. Dezember durchzuführen, stellt die bayerische Volkspartei-korrespondenz fest, daß die Ausmärtungen des 8. und 9. November das Generalstaatskommissariat als eine unbedingte Einrichtung machen, die noch lange nicht am Ende ihrer Mission steht.

Unwahre Behauptung.

Die Frankfurter Handelskammer teilt uns mit:

In einer Berliner Montagsmeldung wird ein Kölner Telegramm über das Rheinland-Direktorium als wohl freudig bezeichnet. In Frankfurter Handelskammer die Einbeziehung Frankfurts wünschte. Die Nachricht ist unwahr und von der Handelskammer berichtigt worden.

Die Weihnachtsgabe
Lohses Kraftes Lavendel-Wasser
Gustav Lohse

Die Krise der Sozialdemokratie.

Vom sächsischen Landesparteitag.

Radikale : Gemäßigte = 4:1.

84. **Dresden**, 3. 12. (Eigenbericht.) Am Sonnabend und Sonntag tagte in Dresden der sozialistische Landesparteitag, der vollständig hinter verschlossenen Türen abgehalten wurde. Der sehr kurz gefaßte Oeffentlichkeit zugeschickte Bericht der „Dresdener Volkszeitung“ gibt ein ziemlich unvollkommenes Bild über die Kämpfe, welche die gemäßigte Minderheit gegen den übermächtigen Radikalismus ausfocht. Vorsitzende waren die beiden Parteilinken Fellisch und jetzt sehr radikalen Lehrer Arzt und Wendel. Das Referat über die Reichspolitik hielt Toni Sender, die natürlich die Politik der Reichstagsfraktion und die große Koalition in Bausch und Bogen verurteilte. Als Stelle einer politischen Aussprache wurde sie über nicht stattgefunden hat. An seiner Stelle sprach dann der Reichstagsabgeordnete Krahig. Er verteidigte der „Dresdener Volkszeitung“ zufolge mit großem Geschick die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion und ließ seine Worte in dem Kernspruch gipfeln, man müsse danach streben, daß das Mundwerk vom Verstand und nicht der Verstand vom Mundwerk beherrscht werde.

Im übrigen fand die Politik der Reichstagsfraktion einstimmig Billigung. Sehr verschämt klang die „Dresdener Volkszeitung“ durch, daß die gemäßigten Elemente, die eine positive Politik befürworteten, von der Parteiversammlung einfach niederbrüllt wurden. Recht komisch wirkte nach all den Mißerfolgen der Sozialdemokrate zweifellos das Schlußwort von Toni Sender: „Wir sind die Masse, die eine neue Welt schaffen will.“ In einer Entschließung wurde die Koalitionspolitik der Reichstagsfraktion aufs härteste verurteilt. Sie habe der Rechtsdiktatur im Reiche die Wege geebnet.

Da die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes diese Politik trotz aller Warnungen bis zu ihrem Zusammenbruch fortgesetzt habe, sprach der Parteitag ihr das Vertrauen ab. Diese Entschließung wurde mit 79 gegen 21 Stimmen angenommen.

Endlich wurde in einer Entschließung von der Reichstagsfraktion verlangt, mit allen verfügbaren Mitteln die Beseitigung des Ausnahmezustandes durchzuführen. Als einzigen Lichtpunkt für Sachsen empfahl der jetzige Ministerpräsident Fellisch das Minderheitenkabinett, das nur mit wechselnder Mehrheit regieren könne.

*

Der „Vorwärts“ zu dem Bericht der „Dresdener Volkszeitung“ doch wohl nicht gut unterrichtet gewesen sein kann, bringt auf der ersten Seite ausführlich eine Notiz „Zur Regierungskrise in Sachsen“, aus der erhellt eine „Entwicklung zur Realpolitik“ in Sachsen festgestellt, das Mißtrauensvotum für die Reichsregierung und der Reichstagsfraktion aber verschwiegen wird. Dies bringt man wohlweislich auf der zweiten Seite, wohl weil es sonst zu auffällig wirkt. Ist dieses ängstliche (und doch verwebliche) Streben nach Vertuschung der Wahrheit nicht noch schlechter als die Wahrheit selbst?

Landeskonferenz auch in Thüringen.

In Weimar tagten die Thüringer Sozialisten und kamen zu dem Entschluß: „Sofortige Auflösung und Neuwahl nur unter der Voraussetzung, daß der Ausnahmezustand aufgehoben wird.“

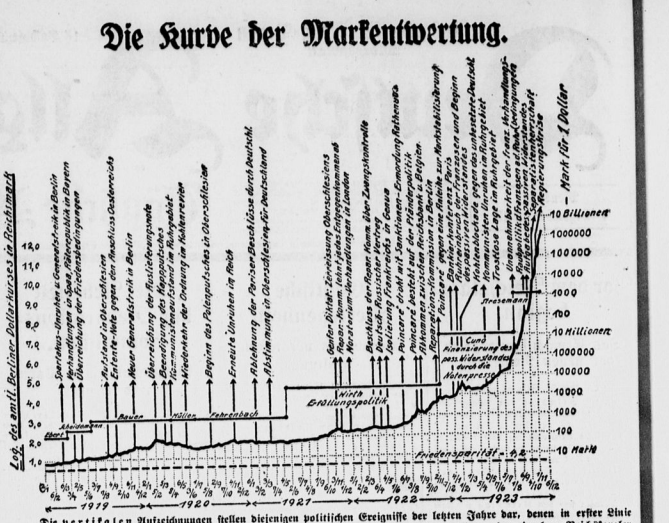
In der Diskussion kam eine starke Unzufriedenheit mit der Politik der Parteivorstände und der Reichsregierung zum Ausdruck.

Bedrohte gehängte Verleumdungen.

84. **Dresden**, 3. 12. (Eigenbericht.) Das Wehrkreiskommando bringt eine längere Bekanntmachung, worin es die meisten der Anschuldigungen gegen die Mitglieder der Reichswehr, die sich auch der Ministerpräsident Fellisch im Reichstag zu eigen gemacht hat, als ganz oder teilweise Lügen und Verleumdungen bezeichnet. Es heißt ängstliche Sprache nach Vertuschung der Wahrheit nicht noch schlechter als die Wahrheit selbst?

Als weiteres Opfer des Hitler-Ludendorff-Putsches ist der vom Zusammenstoß am Odeonsplatz durch einen Gesäßschuß verwundete Mitverschwörer a. D. Hans Riemers an Brandstarrkrampf gestorben.

Die Kurve der Markentwertung.


Log. des amtl. Berliner Dollarkurses in Reichsmark
14,0
11,0
10,0
9,0
8,0
7,0
6,0
5,0
4,0
3,0
2,0
1,0
0
Sturz des Kabinetts Cuno
Ruhrbesetzung durch Belgien und Frankreich
Beginn des passiven Widerstandes
Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich
Ausrufung des Generalstreiks im Ruhrgebiet
Mark-Geldentwertung
Ermächtigungsgesetz
Stinnes-Abkommen
Bauer
Hilferding
Rudolf Hilferding
Scholz
Rentenmark
Übernahme der Reichsbahn durch Deutschland
Übergang des Ruhrbergbaus an Frankreich
Übernahme der Ruhrbergwerke durch Belgien
Übernahme der Reichsbahn durch Frankreich und Belgien
Übergang der Reichsbahn an Deutschland
Übergang der Reichsbahn an Deutschland
Übergang der Reichsbahn an Deutschland

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 4. Dezember 1923.

Brot billiger!

Ein dunkles Brot 75 Goldpfennig.

In gemeinschaftlicher Sitzung der Preisprüfungsstelle mit dem Zweckverband der Bäckereien Groß-Berlins wurde nach Genehmigung durch den Leiter der Abteilung W des Polizeipräsidiums Berlin der Einheitspreis für helles Brot auf 79, für dunkles Brot auf 75 Goldpfennig ab Dienstag, den 4. Dezember, festgesetzt. Der Preis der Schrippe bleibt unverändert. Die Vereinbarung wurde ermöglicht durch den Verzicht der Bäcker auf den ihnen bisher zugestandenen Geldentwertungszuschlag, sowie durch die Senkung des Papiermark-Weltpreises, bei dem der Wegfall der Entwertungsziffern besonders stark in die Erscheinung treten war. Unter diesen Umständen wird zum Einheitspreis zurückgekehrt. Eine Rabattgewährung bei Zahlung mit wertbeständigem Geld findet bei diesen Preisen nicht mehr statt.

Der Abbau der Fleischpreise.

Vorsichtende Preissenkung für Kolonialwaren.

Auf dem Viehmarkt war am Montag bereits ein Abbau der Preise für Lebendvieh um 7 % festzustellen, während die Ladenschlüsse bei der Verabfolgung dieses Preises erheblich weitergingen. Von sachverständiger Seite wird jedoch betont, daß im Viehgroßhandel noch wie vor die Neigung besteht, mit den Preisen vorläufig nicht herunterzugehen und daß gegen die Goldmarkpreise keines der Kommissionäre und Großschlächter Verkäufe getätigt hat, weil dadurch die unkontrollierbare Risikoprämie, die bei Papierverrechnung besteht, in Fortfall kommen muß.

Die Ladenschlächter betrachten als bestes Mittel zur Preissenkung die gesteigerte Einfuhr von Gefrierfleisch. Allein Argen bei dem augenblicklichen Stand der Mark in gar keinem Verhältnis zu den Preisen für Inlandsfleisch stehen. Schweinefleisch erster Qualität aus Argentinien wird gegenwärtig frei Hamburg mit einer Mark für das Pfund angeboten, so daß der Verbraucherpreis sich auf rund 1,20 bis 1,40 Mark für beste Qualitäten stellen könnte. Es wird jedoch darüber geklagt, daß die Importeure nach wie vor auf den Devisenterroriste angewiesen sind und daß infolgedessen Gefrierfleisch zu Preisen eingeführt wird, die den deutschen Produzenten nicht genügend scharfe Konkurrenz machen.

Das entschiedene Vorgehen der Wuchergpolizei gegen die übersteigerten Goldmarkpreise hat bereits Erfolge gezeitigt. Nach der Senkung der Preisspanne um 30 % folgt nunmehr der **Nahrungsmittelhandel**. In einer gemeinsam mit der Preisprüfungsstelle am Montag abgehaltenen Besprechung wurden die Vertreter des Nahrungsmittelgroßhandels bei dem Leiter der Abteilung W, des Polizeipräsidiums, Regierungsrat Dr. Hindel, dahingehend vorstellig, von einem Rabattabzug abzusehen, wenn der Nahrungsmittelhandel nach Abbau seiner unverschämten Aufschläge vornehmen würde. Regierungsrat Dr. Hindel wies darauf hin, daß er den Rabatt heiß nur als ein Mittel zum Zweck der Senkung der Goldmarkpreise angesehen habe. Er sei deshalb bereit, von der allgemeinen Rabattvorschrift abzugehen, wenn dafür einschließlichen Unterwertungsstrikes in allen Branchen abstehen, in denen der Handel der Forderung des Verbrauchers nachkommt. Die Preise sind zurzeit stark übersteigerten Preise nachkommt.

Es wird nunmehr bei den Inlandwaren der Kolonialwarenhandel eine Herabsetzung von mindestens 11% %, bei Butter eine solche von 7 % erfolgen. Die Verbrauchsstellen des Großhandels werden eine 6% %, bei Butter um 2 % gesenkt. Die Gewinnspanne des Einzelhandels der Kolonialwarenbranche wird allgemein um 5 % ermäßigt. Diese Ermäßigung tritt auch bei Auslandswaren in die Erscheinung. Soweit Waren in ausgezeichneten Rabattvorschriften weitgehend, wird von der Abteilung W fortlaufend mitgeteilt werden. Weitere Verhandlungen mit der Wirtschaft mit anderen Handelsgruppen über die Herabsetzung der Preisaufschläge stehen bevor.

In den am 1. Dezember erschienenen Mitteilungen der Hamburger Handelskammer gibt der einzelnde Artikel einen wissenschaftlichen statistischen Vergleich zwischen den deutschen und den Weltmarktpreisen. Die erhebliche Spannung des Goldpreisniveaus des deutsch Inlandsprodukte, besonders der Lebensmittel, gegenüber denjenigen der anderen Länder gibt der Handelskammer Anlaß zu ernstem Hinweis auf die Notwendigkeit eines Preisabbaus.

Oefen - Gruden - Herde
als alte Spez.-Fabr. Semmler & Herzberg, A.-G., Dresdener Str. 90.

Einlösung von Briefmarken.

Wofür die Post Beamte und Zeit hat.

Das Wolffsche Telegraphenbüro meldet:

Von den in der Zeit vom 26. bis 30. November an den Postschaltern zum doppelten Preise verkauften Freimarken scheinen sich noch ziemliche Vorräte in den Händen einzelner Personen und Geschäfte zu befinden, obwohl seitens der Post rechtzeitig vor zu weitgehenden Einkäufen gewarnt und ausdrücklich darauf hingewiesen war, daß diese Marken vom 1. Dezember an nur zum einfachen Nennwerte verwendet werden dürfen. Wie nun angeordnet wird, hat sich das Reichsfinanzministerium bereit erklärt, diese Marken bis zum 15. Dezember bar oder gegen wertbeständige Werten zum Nennwerte der Nennwerte bei einlösen zu lassen. Entsprechende schriftliche Anträge wären an die zuständige Postanstalt zu richten. Darin wäre einwandfrei festzustellen, daß die Marken in der angegebenen Zeit bei der Post für nachstehenden Preis erworben sind und die Ende November nicht haben verwendet werden können."

Es ist ganz unverständlich, wofür unsere angeblich so überlasteten Behörden Zeit haben. Weil einige Leute trotz der ausdrücklichen Warnung der Post sich überkauft haben, zum guten Teil aus Spekulationsgründen, und sich schwungvollen Markenhandel damit zu treiben, wird jetzt ein amtlicher Apparat eröffnet, um diese Marken wieder einzulösen, wahrscheinlich mit einem Schaden erleidet.

Der Friedensvolle der Aerztschaft.

Der Groß-Berliner Aerztebund schreibt:

Die hiesigen Aerzte haben, obgleich bekannt, daß der Aerztestand sich nicht sowohl gegen das Gesetz vom 30. Oktober 1923 richte, als dadurch die Interessen der sozialen Versicherten gefährdet werden, „um auf die Weise durch die Kassenmitglieder diejenigen Honorarmaßnahmen zu erzwingen, welche infolge der Entwertung der Privatpraxis fast völlig verlorengegangen sind". Demgegenüber wird versichert, daß diese Behauptung unwahr ist und weder tatsächlich noch begründung entbehrt. Die Aerzteschaft kämpft um ihre berufliche Freiheit, auch innerhalb der sozialen Versicherung, die will sich nicht durch gesetzliche Bestimmungen die Beschränkungen auferlegen lassen, ohne die, wie sie selbst weiß, Kassenpraxis Zuschuß unmöglich ist. Sie will als gleich berechtigter Faktor mit den Krankenkassen diese Bestimmungen vereinbaren, wie sie bisher bestanden hat. Der Kampf der Aerzte wird aufbauen in dem Augenblick, in welchem die Gefahr, die einer Berufsfreiheit durch das Gesetz droht, beseitigt ist. Die Spitzfindigkeiten ist durch diesen Kampf in ihrem Bestand nicht bedroht, da die Aerzte schon aus Existenzgründen Wohlfahrtspflicht an ihrer Erhaltung und Weiterführung interessiert sind.

Ein Jubiläum des Deutschen Beamtenbundes.

Der Deutsche Beamtenbund kann am 4. Dezember auf sein fünfjähriges Bestehen als größte deutsche Beamtenorganisation zurückblicken. Dienstag, abends 8 Uhr, findet eine Festsitzung statt, zu der Männer des Reichswirtschaftsrats statt, wobei der Vorsitzende des Bundes, der jetzige erste Vorsitzende Dr. Jäger, die Begrüßungsrede halten wird. Mittwoch ist ein Festabend im Plenarsaal des Deutschen Beamtenbundes und über die Jahrhunderten Fragen, wie Arbeitszeit, Beamtenabbau, sprechen wird.

Frachtstundung und Einzahlung bei der Reichsbahn.

W. T. B. teilt mit: Der Reichsverkehrsminister hat nachgelassen, daß die Frachtstundungsnehmer ermächtigt sind, für die Stundungsbeträge Anweisungsmarken leisten können bis zur Höhe der Frachtbeträge, die innerhalb eines Stundungsabschnittes aufkommen. Einzahlungen in Papiermark werden zum Kurse des Eingangstages angenommen und in Goldmark gutgeschrieben.

Teilweise Gestellung der Milchlieferung.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Berliner Milchhändlerorganisation hat eingemächtigt in die dem städtischen Milchamt vorbehaltene Milchverteilung zugestimmt, so daß nämlich ihre Fahrer angewiesen, nur nach Organisationsmitglieder zu beliefern. Hierdurch werden allen städtischen Bezirken die Milchamt ist bemüht, die bedrohte Lieferung wenigstens zur Mittwoch früh in Ordnung zu bringen.

„Kulturabbau."

Der Protest der Elternbeirate.

Zum Thema „Schulabbau" sprach am Montag in einer Versammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft von Elternbeiräten und Lehrern und mittleren deutschen Schulen E. V. in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums der Ehrenvorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft Generalleutnant z. D. Altrock.

Sein Vortrag ging aus von der Frage: Wo ist der allgemeine Abbau im Reiche möglich? Er beantwortete diese Frage einmal mit der Forderung nach Rückkehr der Beamten, die seit November 1918 ohne entsprechende Vorbildung in Stellungen gekommen seien nur dank irgendwelcher parteipolitischer Protektion und ein andermal mit der weiteren Forderung nach Beseitigung einer Reihe überflüssiger Aemter, wie eines Reichswasserhofmarschallamtes und dergl. mehr. Was könnte gespart werden, wenn an den Diäten der Abgeordneten, den Pensionen der Minister abgebaut werden würde? Die Schule solle jetzt als erste herhalten, wo die Lösung nach Abbau aufgedrungen sei. Die letzte Stufe des Abbaus erkennt und den Offizieren nur halbe Gehälter gezahlt wurden, und wo trotzdem Züchte und Ordnung in der deutschen Nation heute eine deutsche Universität auf die andere erstand? Wir hätten heute weniger Lehrer — an der Zahl der Schüler gemessen — als vor dem Kriege. Seit 1914 hätte die Schülerzahl um 10 Prozent zugenommen, die der festangestellten Lehrer dagegen nur um 1 %. Sei das nicht bereits „Abbau"? Wir können mit Experimenten, wie der „Bewährtestellung" der Grundschule nicht weiterirren. Verlangen müsse man Ruhe und die Elternbeiräte insbesondere —, daß nichts an dem bestehenden System in den Grundzügen geändert würde, daß die Kündigungen der Assessoren zurückgezogen würden und unsere Kinder Bildung nicht einer Schematisierung zum Opfer fielen.

Unsere Zukunft sind unsere Kinder und sie täte der „Schulabbau" am allerschwersten.

Die fast besuchte Versammlung gab durch lauten Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Redners zu erkennen.

Keine Auslosung von Berliner Pfandbriefen.

Auf Grund vielfacher Anfragen gibt das Berliner Pfandbriefamt bekannt, daß Auslosungen von Berliner Pfandbriefen zum 1. Januar 1924 weder stattgefunden haben noch stattfinden werden. Das Pfandbriefamt steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß zurzeit überhaupt eine Auslosung von Pfandbriefen nicht in Frage kommen kann, zumal da nunmehr die Aufwertung von Hypotheken die nächstsinnstufige Anerkennung gefunden hat.

Amtsenthebung eines Gemeindevorstehers.

Der Landrat des Kreises Frank-Belgig hat den Gemeinde- und Amtsvorsteher Weele in Cana seines Amtes enthoben. Weele hat sich schwere Unregelmäßigkeiten bei der Gemeindeverwaltung zu schulden kommen lassen. Der Gemeinderat ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Keine neuen Fabrikanlagen in Tempelhof.

Unter Zustimmung des Bezirksamtes hat der Bezirksausschuß beschlossen, daß in dem Gebiete der Stadtgemeinde Berlin-Tempelhof bezeichnete Anlagen, die Dampfkessel, Dampfe oder Gase, üble Gerüche oder ungewöhnliche Wärme verbreiten oder ungewöhnliche Geräusche oder Erschütterungen hervorrufen, verboten ist.

Eine verirrte Kugel.

Gegen 8 Uhr abends überraschte eine Streife der Schutzpolizei in der Jungfernheide bei Moabit einen Mann, der sich wiederholter Holzdiebstähle ergriffen die Täter die Flucht, worauf die Streife einen Schuß abgab. Der Schuß verfehlte aber seinen Mann, sondern durchschlug die Fensterscheibe der Wohnung des Arbeiters Wenckel im Hause Jungfernheidestraße 112, beschädigte einen Kleiderschrank und blieb über dem Bett eines schlafenden Kindes des M. in der Wand stecken.

Der Fernsprechverkehr London—Paris unterbrochen.

Wie aus London gemeldet wird, ist seit Sonntag früh die telephonische Verbindung mit Paris aus unerklärlichen Ursachen völlig unterbrochen. Die Postbehörde war noch nicht in der Lage anzugeben, wann der Dienst wieder aufgenommen werden kann.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Adelhaus Moritz Dietzhold, Atelier Strobe für Damen- und Kinderkleidung, hat die ihr in so überaus reichem Maße erwiesenen Kundenfirmen auch nach ihren Büroräumen Geschäftsgrundsätzen.

Weihnachts-Angebote

Pelz-Jacke Kanin, flotte Glocke, Form Gmk. 169.
Skunks-Stoffe Kollier moderne Fülle Gmk. 19.
Pelz-Hut schwarz Kanin Gmk. 8.
Herren Gehpelz schwarzer Bezug mit großem Pelzkragen Gmk. 265.
Straßen Kostüm flotte Form aus melierten Stoff, Jacke mit gefütterter Gmk. 75.
Pelz Flausch-Jacke mit gleichem Kragen u. Aufschlägen Gmk. 69.
Pelz 169.
Jacke
Elegantes **Velvetkleid** für Theater und Gesellschaft, in vielen Farben Gmk. 65.
Schreibtisch Fellvorleger in verschiedenen Fellarten Gmk. 8.50
Warme Schlafrock aus Wollstoff, in vielen Farben Gmk. 59.
C.A. **Herpich** Söhne
Berlin W. Leipziger Str. 9-11
203

Aus unserem Antiquariat
Schöne Bibliothekswerke
zu beigekauften billigen Goldpreisen
Bethgen & Klasings Kleiner Handatlas. 3. A. 1922. Orig.-Leinen. Statt M. 35.— für M. 20.—
Berlin. — Lexikon A. Reimers Berlin. 2. A. 1912. M. 4.—
Turey, Albrecht, sein Leben und eine Auswahl seiner Werke mit Unterstützungen zu den einzelnen Bildern von Dr. Friedrich Küstner. Mit 55 Tafeln und Bildern. München 1922. Hof.-Druck. Statt M. 12.— für M. 6.—
Zedelitzes Gymnasial-Lexikon. Hilfsbuch für jeden Beziehung wichtigen Daten-Publikation.
Cuchen, Rudolf, Lebenserinnerungen. 2. A. 1922. Origbd. Statt M. —.— für M. 4.—
Zeitschrift für das Armenwesen. 3 Bde. Jahrgang. 4. Jahrgang 1922. Statt M. 35.— für M. 24.—
Geschichte, Kriegs-, unter dem Kommando. — Geld — Die Flugwaffen. — In der Orig.-Lw. Geb. je statt M. 8.— für M. 3.—
Gregorovius, Ferd., Der Kaiser Hadrian. 3. A. 1884. M. 7.—
Lucretia Borgia. 6. A. 1920. M. 5.—
Grimm, Herm., Das Leben Raphaels. 5. A. 1913. M. 4.—
Hanien, Werner, Das Buch der leidenschaft. 1920. Orig.-Lw. Statt M. 7.— für M. 3.—
Hell, Carl, Bürstenmann und seine Zeitgenossen. 3. A. 3 Bde. Halbverg. Statt M. 47.50 für M. 30.—
Kaiser, Ernst, Deutsche Geschichte zur Zeit Maximilians I. Stuttgart, Cotta, 1912. Statt M. 12.— für M. 6.—
Lederhumor! Erzählungen. Mit Coupons von Oberger. Gebild. Statt M. 20.— für M. 8.—
Meister der Prosa. Hrsg. von Dr. Manfs u. M. von Müller. 2 Bde. Origbd. Statt M. 26.— für M. 18.—
Neuzeit-Gesangmanne, populäre Liederauswahl. 7. A. 1922. Leinen. Statt M. 25.— für M. 16.—
Pitt. — Mirabeau, M. von, William Pitt, Graf von Chatham. 3 Bde. Stuttgart 1865. M. 8.—
Prutz, Hans, Preußische Geschichte. 4 Bde. Stuttgart 1900/1902. Statt M. 40.— für M. 20.—
Rante, Leopold von, Geschichte Wallensteins. 6. A. 1909. Statt M. 7.— für M. 5.—. — Sehr alle übrigen Werke Rankes sämtlich vorrätig. Große Originalausgabe mit den Carl-Ermanbänden.
Scherr, Dietrich, Staat und Welt. Eine geschichtl. Zeitbetrachtung. 1922. Origbd. Statt M. 47.— für M. 8.—
Seraphim, Ernst u. Max. Aus Kurländischer Vergangenheit. Stuttgart 1893. Statt M. 6.— für M. 3.50.
Spanos. — Camera. Origbd. Statt M. 9.— für M. 5.—
Spanos. — Camera. Origbd. Statt M. 9.— für M. 5.—
Stein, Dr. von, Lehrbuch der Nationalökonomie. Erinnerungen aus der Zeit des Weltkrieges. Leipzig 1919. Origbd. Statt M. 6.— für M. 3.—
Wermuth, Adolf, Ein Beamtenleben. Erinnerungen. Berlin 1922. Origbd. Statt M. 6.50 für M. 5.—
Wie großen Umfangs müssen die Werke Brockhaus, Ersch, Pierer, Meyer, Pierer, Ersch, Meyer, Brockhaus, Pierer, Meyer, Ersch, Brockhaus, Pierer, Meyer, Ersch, Brockhaus, Pierer, Meyer, Ersch

Volkswirtschaftlicher Teil.

Rentenmark- und Goldmarkverkehr.

Wie aus kurzen, bereits veröffentlichten Notizen über die Beschlüsse des Deutschen Sparkassenverbandes und des Deutschen Zentral-Giroverbandes bekannt geworden ist, haben sich die deutschen Sparkassen und Girozentralen entschlossen, sofort mit der Eröffnung von Rentenmarkgirokonten zu beginnen. Einzahlungen auf solche Konten können zunächst nur in wertbeständigen Zahlungsmitteln aller Art oder durch Ueberweisung erfolgen. Sobald ein festes Wertverhältnis zwischen Rentenmark und Papiermark festgesetzt ist, sollen auch Papiermarkeinzahlungen möglich sein. Mit ministerieller Genehmigung können die Rentenmarkgirokonten auch als eiren Rentenmark-Sparkonten, für die dann die Ueberweisungsmöglichkeit fortfallen würde, benutzt werden. In diesem Falle wird, genau wie bei anderen Sparkonten, ein Sparbuch ausgehändigt und jede Verfügung über den Bestand von der Einreichung dieses Sparbuches abhängig gemacht.

Durch Eröffnung eines Rentenmarkgirokontos bei einer der kommunalen Giroorganisation angeschlossenen Girozentrale, Sparkasse oder Kommunalbank kann jedermann an dem vom Deutschen Zentral-Giroverbande eingerichteten Rentenmark-Giroverkehr teilnehmen. Der Mindestbestand eines Rentenmark-Girokontos soll jederzeit 100 Rentenmark betragen. Die Konten werden in Rentenmark und Rentenpfennigen geführt. Einzahlung kann erfolgen: in Rentenmark, durch Ueberweisung von einem anderen Rentenmark-Girokonto oder in anderen Zahlungsmitteln, umgerechnet nach dem jeweiligen amtlichen festgestellten Wertverhältnis. Ueber das Rentenmark-Girokonto kann ohne Kündigung verfügt werden: durch Barabhebung in wertbeständigen Zahlungsmitteln, sowie solche verfügbar sind, durch Ueberweisung auf ein anderes Rentenmark-Girokonto, oder durch Gutschrift auf Papiermarkkonto oder Zahlung in Papiermark auf Grund eines vom Teilnehmer zu stellenden besonderen Antrages.

Neben dem Rentenmarkspar- und Giroverkehr bleibt der Goldsparmarkverkehr in etwas abgeänderter Form bestehen. Goldsparmarkkonten sollen an die Stelle der alten Papiermarksparkonten treten, aber ihre Inhaber vor der Gefahr einer Entwertung ihrer Spareinlagen bewahren. Ueberweisungen aus Goldsparmarkkonten sind in der Regel nicht möglich.

Eine Aussprache über die Devisengesetzgebung. Der Devisenkommissar, Geheimrat Fellinger, und der Staatskommissar der Berliner Börse, Geheimrat Lippert, haben am Sonnabend an einer Sitzung der Handelskammer in Frankfurt a. M. teilgenommen, in welcher über die verschiedenen Zweifelsfragen der Devisengesetzgebung eine eingehende Aussprache stattfand. An der Besprechung beteiligten sich ausser den Mitgliedern der Handelskammer Vertreter des Einzelhandels, des Verbandes mitteldeutscher Industrieller, des Bank- und Börsenvereins und des Zentralverbandes des deutschen Grosshandels.

Eigene Devisennotierung in Köln. Nachdem die Rheinlandkommission die Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln und alle diesbezüglichen gesetzlichen Erlasse verboten hat und die Reichsbank Devisen für das Gebiet für Lebensmittel völlig ungenügend und für sonstige Bedürfnisse gar nicht zugeteilt hat, hat der Börsenvorstand beschlossen, ab Mittwoch, den 5. dieses Monats Devisen selbständig zu notieren.

Auflösung des Treuhänders für das feindliche Vermögen. Gemäss Verordnung des Reichskabinetts vom 29. Nov. wird die Dienststelle des Treuhänders für das feindliche Vermögen am 31. Januar 1924 aufgelöst.

Zur Hypothekenaufwertung. Das Berliner Pfandbriefamt teilt mit, dass Auslosungen von Berliner Pfandbriefen zum 1. Januar 1924 weder stattgefunden haben noch stattfinden werden. Das Pfandbriefamt steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass in Berücksichtigung aller hierfür in Betracht zu ziehenden Verhältnisse zurzeit überhaupt eine Auslosung von Pfandbriefen nicht in Frage kommen kann, zumal da nunmehr die Aufwertung von Hypotheken die höchstinstanzliche Anerkennung gefunden hat.

Mindestbetrag der Wechselsteuer. Nach einer Verordnung des Reichsfinanzministeriums beträgt mit Wirkung vom 26. November die Wechselsteuer mindestens 100 Milliarden Mark. Höhere Beträge werden auf volle 100 Milliarden Mark abgerundet.

Keine Erhöhung der Anilinfarbenpreise. Die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co., Leverkusen, schreiben uns: Die in Ihrer Zeitung enthaltene Notiz, wonach die Interessengemeinschaft der chemischen Grossindustrie die in Gold festgesetzten Anilinfarbenpreise für das Inland erheblich heraufgesetzt habe, ist unzutreffend, vielmehr bleiben die bisherigen Goldmarkpreise für wertbeständige Zahlung in Goldanleihe, Dollarschätzen, Rentenmark oder Devisen bestehen; es erfolgt jedoch bei Zahlung in Papiergeld ein Aufschlag, welcher der Minderbewertung dieses absterbenden Zahlungsmittels im freien Verkehr und im Ausland gegenüber dem Berliner Zwangskurse Rechnung zu tragen bestimmt ist. Diese Massnahme lehnt sich an die in voriger Woche vom Reichsverband der deutschen Industrie beschlossenen Richtlinien an, welche umgekehrt unter Erhöhung der Goldmarkpreise einen Abschlag für Begleichung in wertbeständigen Zahlungsmitteln vorsehen, und ist für eine Industrie, welche den grössten Teil ihrer Ausgangsmaterialien in Devisen kaufen muss und bereits dazu überging, ihre Belegschaft teilweise wertbeständig zu entlöhnen, eine einfache Pflicht der Rettung vor ständigen Verlusten und der Selbsterhaltung.

Die Zahlungen an das Stickstoffsyndikat. Das Stickstoffsyndikat teilt mit, dass alle Reichsbankstellen Papiermarkbeträge, die zur Bezahlung von Stickstoff bestimmt sind, wie bisher und bis auf weiteres annehmen, dieselben aber vom 1. Dezember 1923 ab nicht mehr in Goldanleihe, sondern in Rentenmark zum Kassenkurs des Einzahlungtsages umwandeln und dem Stickstoffsyndikat gutschreiben. Voraussetzung bleibt, dass bei der Einzahlung ein Kaufvertrag mit dem Stickstoffsyndikat besteht.

Kurse für Umrechnung der Ausfuhrwerte zum Zweck der Veranlagung der Reichsgebühren in Gold. Gültig für die Zeit vom 1. bis Ende Dezember 1923 (in Goldmark): 100 ägyptische Piaster = 19,02, 100 amerikanische Dollar = 418,31, 100 argentinische Papier-Pesos = 132,22, 100 argentinische Gold-Pesos = 300,49, 100 belgische Franken = 19,65, 100 brasilianische Papier-Milreis = 36,52, 100 bulgarische Lewa = 3,16, 100 chilenische Papier-Pesos = 48,20, 100 chilenische Gold-Pesos = 144,46, 100 dänische Kronen = 71,86, 100 deutsch-österreichische Kronen = 0,0059, 1 englisches Pfund Sterling = 18,30, 100 englische Schilling = 91,50, 100 englische Pence = 7,63, 100 estnische Mark = 1,13, 100 finnische Mark = 10,89, 100 französische Franken = 22,80, 100 griechische Drachmen = 6,58, 100 holländische Gulden = 160,89, 100 japanische Yen = 204,36, 100 italienische Lire = 18,23, 100 jugoslawische Dinar = 4,81, 100 lettische Rubel = 1,60, 100 litauische Lit = 40,49, 100 mexikanische Dollar = 193,13, 100 norwegische Kronen = 61,62, 100 ostindische Rubien = 130,11, 100 polnische Mark = 0,00019, 100 portugiesische Escudos = 15,58, 100 rumänische Lei = 2,02, 100 schwedische Kronen = 110,84, 100 Schweizer Franken = 74,19, 100 spanische Peseten = 55,28, 100 tschechische Kronen = 12,18, 100 türkische Piaster = 2,24, 100 ungarische Kronen = 0,022, 100 uruguaysche Gold-Pesos = 308,73.

Auszuübende Bezugsrechte.

Schlesische A.-G. für Portland-Zement-Fabrikation, Groschwitz bei Oppeln, bis 22. Dez. auf zwei alte Aktien eine junge zu einem Dollar Goldmarkanleihe.

Vereinigte Kunstinstitute A.-G. vorm. Otto Troitzsch, Berlin, bis 18. Dez. auf je eine alte eine junge Aktie zu 1 Dollar zahlbar in Reichsmark zum amtl. Mittelkurs.

Deutsche Chemische Werke A.-G., Berlin, bis 20. Dez. auf je eine alte Aktie eine neue zu 1,05 M. Reichsgoldanleihe.

Eine Goldmark

997,5 Milliarden Mark Geld,
1002,5 Milliarden Mark Brief
nach dem amtlichen Berliner Kurs vom 3. Dezember für Kabelauszahlung New York.
Goldsteuermark für den 4. Dezember: 1000 Milliarden Mark.

Erwerbsgesellschaften.

Annener Gussstahlwerke A.-G., Annen i. W. Die Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1922/23, in dem sie bekanntlich auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken konnte, einen Reingewinn von 131 (1,1) Mill. M., der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll (i. V. 15 %). In der Bilanz erscheinen u. a. (in Mill. M.) 1,5 (1,6) Grundstücke und Gebäude, 1 (1,3) Maschinen usw., 2069,4 (12,4) Vorräte, 1930 (22,3) Debitoren, 4937,2 (13,5) Kreditoren. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Ausführungen: Der Gedenktag, an welchem vor 50 Jahren das Annener Gussstahlwerk gegründet wurde, fiel auf den 15. Januar dieses Jahres. Aus kleinen Anfängen als Tiegelgussstahlwerk in Firma König u. Reunert entstanden, hat sich das Unternehmen ständig erweitert. Mit dem fortschreitenden Ausbau wuchsen im Laufe der Jahre auch die Aufgaben, und zwar vornehmlich auf dem Gebiete des Schiffsbaus. Infolge des in der Nachkriegszeit zurückgegangenen Bedarfs an Schiffsbaustahl mussten wir uns weit mehr auf die Anforderungen des allgemeinen Maschinenbaus und in besonderem des Lokomotivbaus einstellen. Im verflossenen Geschäftsjahre haben wir unsere Verbindungen mit der weiterverarbeitenden Industrie erheblich auszubauen vermocht, wodurch wir uns während des ganzen Geschäftsjahrs reichlich Beschäftigung sichern konnten. Die Warenerzeugung in dem am 30. Juni abgelaufenen Berichtsjahre betrug der Gewichtsmenge nach etwa 20 % mehr als die des Vorjahrs. Mit Kohlen und Roheisen waren wir nicht immer genügend versehen. Dieser Zustand verschlimmerte sich noch durch den Einmarsch der französischen Besatzungstruppen im Januar dieses Jahres. Durch Sperrung der Zufahrtswege als Folge der Ruhrbesetzung ging auch die Absatzmöglichkeit unserer Erzeugnisse mehr und mehr zurück, so dass wir gezwungen wurden, alles aufzustapeln, bis uns der Mangel an Rohstoffen Ende Juni zwang, den Betrieb ganz einzustellen. Der Eingang an neuen Bestellungen musste unter den obwaltenden Verhältnissen ebenfalls ein Ende nehmen. So sind wir denn in das neue Geschäftsjahr auch nur mit einem mässigen Auftragsbestand eingetreten und vermögen nicht zu übersehen, wann dieser zur Ausführung gebracht werden kann.

Eisenwerke A.-G., Gaggenau. Die Gesellschaft erzielte 1922/23 einen Reingewinn von 1522,1 (2,2) Mill. M., woraus 10 000 M. (i. V. 12 %) je Aktie Dividende verteilt werden soll. In der Bilanz sind Fabrikanlagen bis auf 1 M. abgeschrieben (i. V. 2 Mill.). Ferner erscheinen u. a. in Mill. M.: 553 (20,2) Vorräte, 254,5 (0,08) Kasse, 597,7 (0,1) Wechsel, 7893,9 (8,4) Aussenstände, 6044,3 (13,9). Laut Rechenschaftsbericht waren alle Abteilungen der Gesellschaft vollauf beschäftigt. Eine im Frühjahr dieses Jahres eingetretene Stockung konnte bald überwunden werden. Der Umsatz wurde auch der Menge nach gesteigert. Im neuen Geschäftsjahr liegt ein Auftragsbestand vor, der für längere Zeit Beschäftigung verspricht.

Eisenhüttenwerk Keula b. Muskau A.-G., Keula O./L. In der Bilanz der Gesellschaft, die für 1922/23 bekanntlich einen Reingewinn von 51,3 (0,7) Mill. M. erzielt hat und diesen auf neue Rechnung vorzutragen beabsichtigt, sind Grundstücke und Gebäude, Maschinen, Einrichtungen, Inventar sowie Werkzeuge auf die Erinnerungsposten abgeschrieben. Ferner werden u. a. in Mill. M. ausgewiesen: 184,0 (1,0) Lagerbestände, 1330,6 (4,5) Schuldner, 1717,8 (1,6) Gläubiger. Im zweiten Halbjahr trat durch die Entwicklung der politischen Verhältnisse eine verschärfte Unsicherheit in Erscheinung, die einen lähmenden Einfluss auf den Geschäftsgang ausübte. Die Aufschlussarbeiten der Tagebaugrube Neustadt wurden aus Zweckmässigkeitsgründen vorläufig eingestellt.

Malmedie u. Co. Maschinenfabrik A.-G., Düsseldorf. Die Gesellschaft schliesst das Geschäftsjahr 1922/23 mit einem Reingewinn von 671 469,3 (i. V. 11,8) Mill. M. ab, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll (i. V. 50 % Dividende). In der Bilanz, in der Bestände und Anlagekonten nach den Grundsätzen der Vorkriegszeit bewertet sind, erscheinen u. a. (in Mill. M.) wieder 0,8 Grundstücke, 8 (1 M.) Gebäude, 8 (1 M.) Maschinen, 1,4 (5,1) Materialien, 1,4 (8,1) Halb- und Fertigfabrikate, 5 167 067,3 (111,1) Schuldner, 4 497 183,7 (96,4) Gläubiger. Die Produktion hatte unter den Folgen der Ruhrbesetzung ausserordentlich zu leiden. Zurzeit hat sich die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft wieder belebt. Allerdings ist die Wettbewerbsfähigkeit unter den schwierigen Arbeitsverhältnissen beschränkt. An der in Italien gegründeten Societa Italiana Malmedie, Mailand, hat die Gesellschaft Interesse genommen und erhofft hierdurch Vorteile.

Süddeutsche Drahtindustrie A.-G., Mannheim-Waldhof. In der Generalversammlung wurde beschlossen, den Reingewinn von 798,14 Mill. M. unter Ausschluss einer Dividende zu Abschreibungen und Rücklagen zu verwenden und 116,24 Mill. M. auf neue Rechnung vorzutragen. Eine Einführung der Aktien kommt vorläufig nicht in Frage.

Faun-Werke A.-G., Ansbach-Nürnberg. Die ausserordentliche Generalversammlung beschloss die Verteilung einer Dividende von 1,05 Goldmark je Aktie. Die Werke waren bis Ende Oktober gut beschäftigt. Seit Mitte November wurde der Betrieb in allen drei Werken auf drei Tage in der Woche eingeschränkt. In den letzten Tagen hat sich allerdings die Lage wieder etwas gebessert. Bei der grossen Unsicherheit der Verhältnisse ist eine Voraussage über den weiteren Verlauf des Geschäftsjahres unmöglich.

Kapitalserhöhungen.

Böddinghaus, Reimann u. Co., Elberfeld, um 17 Mill. M. Namens-Vorzugsaktien mit sechsfachem Stimmrecht und um 156 Mill. M. Inhaber-Stamm-Aktien.

Börse.

An der **Nachbörse** griff eine etwas freundlichere Stimmung Platz, da die Berufsspekulation die stark zurückgegangenen Kurse zu gelegentlichen Rückkäufen benutzte. Die Nachfrage blieb aber sehr beschränkt, da die Vorgänge am Produktenmarkt zur Vorsicht mahnten. Für rheinisch-westfälische Werte bestand einiges Interesse (in Billionen): Deutsch-Luxemburger 62, Gelsenkirchen 65, Phönix 43 G., Harpener 88 G. Heimische Anleihen waren stärker beachtet, Kriegsanleihe 220 Milliarden. In K-Schätzen blieb das Geschäft lebhaft: 1924 K-Schätze 350 000 G., do. 1923 25 Mill. G. Bankaktien fast umsatzlos (in Billionen): Barmer 5,25, Darmstädter 7,25, Deutsche 10,25, Mitteldeutsche 2,5. Von Kursen waren sonst noch zu hören: Licht u. Kraft 12,5, A. E. G. 10,75, Caro 25, Rombacher 22, Oberbedarf 24, Nordd. Lloyd 10, Hapag 45, Dtsch. Erdöl 52, Deutsche Petroleum 18,5.

Dollarschatzanweisungen wurden wieder — G. notiert.

Zulassungen zur Berliner Börse. Zugelassen: 146 Mill. M. Stammaktien der „Inag" Industrie-Unternehmungen A.-G. in Erlangen; a) 40 Mill. M. neue Stammaktien und b) 50 Mill. M. 8 % Teilschuldverschreibungen der Kraftwerk Thüringen A.-G.; 44 Mill. M. neue Aktien der Habermann u. Guckes-Liebold-A.-G.; 16 Mill. M. neue Aktien der Berliner Dampfmühlen A.-G.; 20 Mill. M. Aktien der Stettiner Papier- u. Pappenfabrik A.-G. zu Stettin; 109 Mill. M. Stammaktien der Emag Elektrizitäts-A.-G. zu Frankfurt a. M.; Beantragt: 50 Milliarden M. 14 % Pfandbriefe der Preussischen Landespfandbriefanstalt, Berlin; 79 Mill. M. Stammaktien der Carl Stange A.-G., Magdeburg; 33 Mill. Mark neue Stammaktien der Maul Kakao- u. Schokoladenfabrik A.-G., Wernigerode i. Harz; 30 Mill. M. Stammaktien der Chemischen Fabrik Eidelstedt vorm. Joh. Oswaldowski A.-G. zu Berlin; 19 Mill. M. neue Stammaktien der Dr. Heinrich Abbes u. Co. A.-G. in Holzminden; 12 Mill. M. neue Aktien der Tuchfabrik Aachen vorm. Suskind u. Sternau A.-G. in Aachen; 6 Mill. M. neue Stammaktien der Porzellanfabrik Schönwald A.-G., Schönwald in Oberfranken.

Bezugsrechtsnotierungen vom 3. 12. (In Milliarden %): Masch. u. Kranbau 4200 bz., Leopoldgrube 800 bz., Trachenberger Zucker 3000 bz., Kraftwerk Thüringen 275 bz., Reichelbrauerei 1900 bG., Harburger Gummi Phönix 810 bz., Meckl. Hyp. u. Wechselbank 700 bz., Deutsche Kabel 800 bz., Frankonia — B.

Essen, 3. Dezember. (Eigenbericht)
(Aktien in Billionen Proz., Kuxe in 1000 Billionen.)

[illegible]

Frankfurt a. M., 3. Dezember. (Spezialwerte)

[illegible]

Valutamarkt.

Amtliche Banknotenkurse. Berlin, 3. Dez.

[illegible]

Ostdevisen

[illegible]

Warenmärkte.

Berliner Grosshandelspreise. 3. Dezember.

[illegible]

Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Bremer Getreidenotierungen. 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Notierungen verstehen sich für alle Getreidesorten per Zentner in Dollar, und zwar per Kasse ab Bremen oder Unterweser-Hafen bei Bezug von Waggonlieferungen. Um 6 Uhr wurden notiert (nicht amtlich) zur Lieferung prompt: Inländischer Weizen —,—, amerikan. Manitoba-Weizen 2,60, engl. Hart Winter —,—, inländ. Roggen 2,00, amerikan. Roggen 2,10, russ. Roggen 2,10, amerikan. Mixed Mais —,—, La Plata-Mais 2,15, deutscher Hafer 2,00, La Plata-Hafer 2,00, amerik. White Clipped-Hafer —,—, amerikan. Malzgerste 2,05, amerikan. Gerste 2,05, deutsche Donau- oder Schwarz-Meer Gerste 66 bis 67 kg 2,05, Erbsen Futtermehl 1,50.

Hamburger Warenmärkte vom 3. Dezember. (Eigenbericht.) Kaffee: Im Platz- wie im Landesverkehr fand bei anziehenden Preisen vermehrtes Geschäft, namentlich in verzollter Ware, statt. Auch in Transitware kam es am Hamburger Platze zu Umsätzen, bei denen Santos Superior, loko transito nach wie vor 72—74 sh kostete. Brasilien erhöhte seine Forderung abermals um 1 sh. Abschlüsse mit Uebersee wurden indessen nicht bekannt. — Kakao: Am Lokomarkt erhält sich Bedarfsgeschäft. Dagegen bleibt Abladungsware weiter ruhig. Aus den Produktionsgebieten lagen keine neuen Offerten vor. Superior Bahia notierte 52,6 sh, Superior Thomé, prompte Verladung 34 sh. — Reis: Die Lage des Marktes befestigte sich weiter. Bruchreise sind etwas mehr gefragt und höher. Auch neue Ernte tendierte fester. Burmah II loko 15,6 sh, Bruch A/I loko 11,9 sh. — Zucker: Der Markt war bei sehr kleinem Geschäft ruhig. Es bestand etwas Nachfrage nach tschechischen Kristallen Feinkorn, Dezember, die 28 sh notierten. Für Januar-März wurden 27,4½ sh gefordert. — Schmalz: Lokoware ist fast geräumt. Bei unveränderter Tendenz notierte amerikanisches Steam Lard, Dezember-Abladung 31,5 $, raffiniertes in Tierces, verschiedene Marken 36—36,5 $, Dezember-Abladung 32,5 $ je 100 kg transito.

Baumwolle. Bremen, 3. Dez. (Eigenbericht.) Amtlicher Schlusspreis von 4½ Uhr 39,30 Dollarcents je lb. (30. 11. 39,29 Dollarcents).

Die tatsächliche Notierung (in Prozenten) wird erlangt durch Anfügung von zwölf Nullen an die untenstehenden Kurse, jedoch nur von neun Nullen an die mit M (Milliarden) bezeichneten Kurse. In der Liste der fortlaufend gehandelten Effekten sind die Gegenüberstellung der Frankfurter und Berliner Notierungen. Die Punktlinie vor dem Kurse bedeutet, dass das Papier in Frankfurt nicht gehandelt wird.

„Amtliche Frankfurter Kurse in der vorderen Spalte"

Börse — 3. Dezember.

[illegible]

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Hans Simon; für den Volkswirtschaftl. Teil: Otto König; für den Anzeigenteil u. Geschäftl. Mitt.: W. Würrle; Verlag: Zeitungsverlag Schmidt-Sumont & Co.; Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt A. G., sämtlich Berlin, Wilhelmstr. 30-32.